



Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

GP Planwerk GmbH
z. H. [Redacted]
Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Dezernat bzw. Amt: Dezernat III - Verkehr, Bauen,
Umwelt und Wirtschaft
Bauleit- und strategische Planung
Brückenstraße 41
15711 Königs Wusterhausen

Anschrift: [Redacted]

Bearbeiter/in: [Redacted]

Zimmer: [Redacted]

Vermittlung: 03375 26-0

Durchwahl: [Redacted]

Fax: 03375 26-2422

E-Mail*: bau_planung@dahme-spreewald.de

Aktenzeichen: 40190-24-633

Datum: 08.07.2024

Ihr Schreiben vom: 10.06.2024

Ihr Zeichen:

Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB¹

Gemeinde Märkische Heide, Ortsteil Glietz und Ortsteil Leibchel
Bebauungsplan "Solarpark Leibchel-Glietz"

- eingereichte Unterlagen, Posteingang 10.06.2024:
- E-Mail Planungsbüro GP Planwerk GmbH vom 10.06.2024
 - Planzeichnung im Maßstab 1 : 2.000 - Vorentwurf, Stand April 2024
 - Begründung - Vorentwurf, Stand April 2024
 - Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung, Projektnummer: 118006075 - Vorentwurf, Stand April 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die o. g. Unterlagen zum Vorentwurf des Bebauungsplanes wurden zur Kenntnis genommen. Es ergeht nachfolgende Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Untere Naturschutzbehörde gemäß BauGB, BNatSchG², BbgNatSchAG³, BaumSchV LDS⁴

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☒ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

1. Einwendungen
2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

Alle Anforderungen gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB sowie §§ 2a und 4c BauGB sind zu erfüllen.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

Die Methoden und Mindeststandards bei der Erfassung des Arteninventars für den Artenschutzfachbeitrag haben sich grundsätzlich am Stand der wissenschaftlichen Forschung und an den

| | | | | |
|--|--|---|---|--|
| Hauptsitz Reutergasse 12 15907 Lübben (Spreewald) Postanschrift Postfach 14 41 15904 Lübben (Spreewald) | Verwaltungsstandorte in 15907 Lübben (Spreewald) Beethovenweg 14 Weinbergstraße 1 und 30 Hauptstraße 51 Logenstraße 17 15926 Luckau Nonnengasse 3 Karl-Marx-Str. 21 | Verwaltungsstandorte in 15711 Königs Wusterhausen Brückenstraße 41 Schulweg 1 b Fontaneplatz 10 Max-Werner-Straße 7 a Zeesen Karl-Liebkecht-Str. 157 | Bankverbindung Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam IBAN: DE20 1605 0000 1000 5242 52 BIC: WELADED1PMB | Internet www.dahme-spreewald.de E-Mail post@dahme-spreewald.de <small>* Die genannten E-Mail Adressen dienen nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.</small> |
|--|--|---|---|--|

sich daraus ableitbaren Qualitätsstandards zu orientieren. Diese Erfassungen liefern letztendlich die Datenbasis für ein damit verbundenes, parallel zu erarbeitendes Artenschutzkonzept, über welches im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Vorgaben und konkrete Artenschutzmaßnahmen für spätere Baugenehmigungsverfahren vorbereitet werden (z. B. Vorhaltung und Umfang von Ersatzflächen zur Umsiedlung, Umfang von Ersatzniststätten oder Nistplatzoptimierungen etc.).

Die im Plangebiet vorkommenden Biotopie sind als eine der Grundlagen für Artenschutzprüfungen in einer eigenen Kartierung zu erfassen. Angrenzende Strukturen sind ebenfalls in die Untersuchungen mit einzubeziehen, um gerade für künftige aus dem Bebauungsplan resultierende Bautätigkeiten und Nutzungsveränderungen mögliche Verbotstatbestände des Artenschutz- bzw. Biotopschutzrechtes auszuschließen.

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

Im Rahmen der regulären Prüfung der Einhaltung der Festsetzungen des Bebauungsplanes sowie der Prüfung der Umsetzung und der Effektivität der Kompensation durch den Träger der Satzung erfolgt die über § 4c BauGB gesetzlich verankerte Überwachung hinsichtlich möglicher erheblicher Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung des Bebauungsplanes eintreten können.

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weiter gehende Hinweise

Im Umweltbericht sind die Umweltauswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter (z. B. Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen usw.) zu beschreiben und zu bewerten. Es sind die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern darzustellen. Für sich daraus entwickelnde nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt sind geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen festzusetzen, um die Beeinträchtigungen auf den unvermeidbaren Rest zu minimieren. Bei der Festsetzung der Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen ist die "Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen" (Licht-Leitlinie) des Landes Brandenburg vom 16. April 2014 (ABl./14, Nr. 21, S. 691), geändert durch Erlass des MLUK vom 17. September 2021 (ABl./21, Nr. 40, S. 779) anzuwenden sowie bereits die künftige Aktivierung des § 41a BNatSchG (Schutz von Tieren und Pflanzen vor nachteiligen Auswirkungen von Beleuchtungen) zu berücksichtigen.

Bei der Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf Naturhaushalt und Landschaft, insbesondere auf das Schutzgut Boden und Biotopie, ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§§ 14 und 15 BNatSchG) gemäß § 1a Abs. 3 BauGB zu berücksichtigen und durch konkrete Maßnahmen zur Kompensation ein Ausgleich festzusetzen. Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB hat der Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft durch geeignete Festsetzungen nach § 9 BauGB als "Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich" im Plangebiet zu erfolgen. Die Kompensationsmaßnahmen sind zu beschreiben und darzustellen. An anderer Stelle vorgesehene Kompensationsflächen und -maßnahmen aufgrund einer unzureichenden Flächenverfügbarkeit im Plangebiet selbst sind ebenfalls konkret im Plandokument festzusetzen.

Der aktuelle Erlass des MLUK zur "Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur" vom 2. Dezember 2019 (ABl./20, Nr. 9, S. 203) sowie die Regelung des § 40 BNatSchG ist zu beachten.

Im Umweltbericht ist die Betroffenheit geschützter Arten (alle wildlebenden Vögel und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) darzulegen. Im ersten Schritt sind die Arten im Plangebiet zu ermitteln, die mit höchster Wahrscheinlichkeit vorkommen (Relevanzprüfung). Die ermittelten Arten sind in einem gesonderten Artenschutzfachbeitrag (AFB) darzulegen. Im AFB müssen die betroffenen Artengruppen beschrieben und im Hinblick auf die relevanten Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (Schädigungs-, Störungs- und Tötungsverbot) abgeprüft werden. Sollten Arten

beeinträchtigt werden, sind geeignete Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen festzulegen und ggf. festzusetzen.

Insbesondere hinsichtlich des Artenschutzrechtes nach § 44 BNatSchG und des Biotopschutzes nach § 30 BNatSchG ist grundsätzlich zu prüfen, ob der Ausführbarkeit der Planung entsprechende, nicht überwindbare Sachverhalte entgegenstehen könnten.

Die Baumschutzverordnung des Landkreises Dahme-Spreewald (BaumSchV LDS) ist bei der Eingriffs- und Ausgleichsplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Der in den Unterlagen zur frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB dargestellte Untersuchungsrahmen für die Umweltprüfung nach § 2a BauGB wird durch die untere Naturschutzbehörde für eine abschließende Prüfung der Belange aus BNatSchG, BbgNatSchAG und den zugehörigen Rechtsverordnungen im vorliegenden Bauleitplanverfahren als angemessen bestätigt.

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Für die beiden Wegeflurstücke (Gemarkung Leibchel, Flur 4, Flurstück 37 und Gemarkung Glietz, Flur 3, Flurstück 7) sieht die untere Naturschutzbehörde für die Gestaltung der Wegeverbindung und der angrenzenden Nebenflächen die Notwendigkeit einer lichten Breite von ebenfalls insgesamt 30 m (vergleichbar zum östlich gelegenen Gehölzstreifen als im Planentwurf nach § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB festgesetzte Fläche). Nur so kann angesichts der von der Anlage ausgehenden erheblichen Sperrwirkung in der freien Landschaft die ökologische Funktion als weiterer Korridor zur Querung des Solarparks grundsätzlich gewährleistet werden. Optimal ist für die angesprochene Querungsfunktion die Beibehaltung der wegebegleitenden Gehölze sowie der Erhalt des Feldwegcharakters ohne weitere Befestigung der Verkehrsflächen.

Untere Wasserbehörde gemäß BbgWG⁵, WHG⁶, AwSV⁷

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

In Bereichen von geplanten Versickerungsflächen/-anlagen für Niederschlagswässer sind Bodenauffüllungen mit Fremdbestandteilen vollständig zu entfernen und durch unbelastetes Bodenmaterial zu ersetzen. Andernfalls ist mittels Entnahme und chemischer Analytik einer Bodenmischprobe nachzuweisen, dass eventuell vorhandene Schadstoffe nicht über den Sickerwasserpfad in das Grundwasser verlagert werden können.

Die Versickerung von Niederschlagswasser von zusammenhängenden versiegelten Flächen (z. B. Verkehrsflächen) in Versickerungsanlagen (z. B. Mulden, Rigolen etc.) stellt einen wasserrechtlich erlaubnispflichtigen Nutzungstatbestand gemäß WHG dar. Die wasserrechtliche Erlaubnis ist mit folgenden Unterlagen zu beantragen:

- formloser Antrag
- Erläuterungsbericht, der das Vorhaben nach Art, Umfang und Zweck, einschließlich seiner Gründe, Vor- und Nachteile beschreibt und alle zum Verständnis notwendigen Angaben enthält, die aus den zeichnerischen Darstellungen nicht hervorgehen
- Berechnung mit Angabe von A_u (angeschlossene befestigte Fläche in m^2), Q_a in m^3/a sowie Angabe des Bemessungsregens (r in l/s)
- Nachweis der Unschädlichkeit des Niederschlagswassers in Anlehnung an das Merkblatt DWA-M 153 "Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser" vom August 2007
- Angaben zu Bau und Bemessung der Versickerungsanlagen entsprechend dem Arbeitsblatt DWA-A 138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" vom April 2005 - wird derzeit aktualisiert

- konkrete Betriebsanweisung für die Benutzungsanlage(n)
- Baugrundgutachten
- Übersichtslageplan (Maßstab 1 : 50.000 oder 1 : 25.000) mit eingezeichnetem Standort
- Lageplan mit deutlich dargestellten und abgegrenzten Einzugsflächen samt Gefälledarstellung und zugeordneten Sickerflächen
- Schnittzeichnungen (Versickerungsanlage, etc.)
- Überflutungsnachweise nach DIN 1986-100 (gemäß DIN für Grundstücke mit einer abflusswirksamen versiegelten Fläche > 800 m² für ein mind. 30-jähriges Regenereignis)

Gemäß § 54 Abs. 3 BbgWG ist die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten.

Der Bau und der Betrieb des Niederschlagsentwässerungssystems haben nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen. Die Grundstücksentwässerungsanlagen bzw. die Außenanlagen sind so zu planen, herzustellen und zu betreiben, dass die berechneten Regenwassermengen kontrolliert und schadlos zurückgehalten werden. Die schadlose Überflutung kann auf Flächen des eigenen Grundstücks z. B. durch Hochborde oder Mulden, wenn keine Menschen, Tiere oder Sachgüter gefährdet werden, oder über andere Rückhalteräume wie Rückhaltebecken erfolgen.

Ein Flurabstand von 1 m zwischen dem mittleren höchsten Grundwasserstand und der Versickerungsebene sind bei einer ordnungsgemäßen Versickerung einzuhalten.

Oberirdische Bauwerke an Gewässern II. Ordnung im 5-m Bereich, gerechnet von der Uferlinie landeinwärts, bedürfen gemäß § 87 BbgWG der Genehmigung durch die untere Wasserbehörde. Für die Gewässerunterhaltung ist ein Unterhaltungstreifen von 5 m ab Böschungsoberkante freizuhalten. Eine entsprechende Festsetzung ist ggf. vorzunehmen.

Die Lagerung bzw. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen muss gemäß § 40 AwSV bei der unteren Wasserbehörde mit allen relevanten Unterlagen (Angaben zum Betreiber; zum Standort; zur Abgrenzung der Anlage; zu den wassergefährdenden Stoffen mit Lagermenge, mit denen in der Anlage umgegangen wird; bauaufsichtliche Verwendbarkeitsnachweisen sowie Aussagen zu technischen und organisatorischen Maßnahmen, die für die Sicherheit der Anlage bedeutsam sind; etc.) mindestens sechs Wochen im Voraus schriftlich beantragt werden. Alle Anlagen müssen so errichtet werden, beschaffen sein und betrieben werden, dass wassergefährdende Stoffe nicht austreten können, Undichtheiten aller Anlagenteile, die mit wassergefährdenden Stoffen in Berührung stehen, schnell und zuverlässig erkennbar sind, austretende wassergefährdende Stoffe schnell und zuverlässig erkannt und zurückgehalten sowie ordnungsgemäß entsorgt werden. Dies gilt auch für betriebsbedingt auftretende Spritz- und Tropfverluste und bei einer Störung des bestimmungsgemäßen Betriebes der Anlage (Betriebsstörung) anfallende Gemische, die ausgetretene wassergefährdende Stoffe enthalten können, zurückgehalten und ordnungsgemäß als Abfall entsorgt oder als Abwasser beseitigt werden. Alle Anlagen müssen dicht, standsicher und gegenüber den zu erwartenden mechanischen, thermischen und chemischen Einflüssen hinreichend widerstandsfähig sein.

Sofern Feuerlöschbrunnen errichtet werden sollen, sind diese bei der unteren Wasserbehörde mindestens einen Monat vor Errichtung mit Angaben zum Standort (Gemarkung, Flur und Flurstück), durchführendes Brunnenbauunternehmen, voraussichtliche Tiefe und Angaben zum Wasserbedarf zu beantragen. Es muss die Erstellung von Schichtenverzeichnissen der erstellten Bohrungen gemäß DIN 4022 erfolgen. Die Brunnen sind entsprechend der allgemein anerkannten Regeln der Technik auszubauen. Werden beim Abteufen undurchlässige Schichten durchbohrt, ist die entstandene Verbindung zwischen den verschiedenen Grundwasserleitern sicher abzudichten. Der Brunnenkopf ist so herzustellen, dass eine Verunreinigung des Grundwassers ausgeschlossen ist. An dem abzuteufenden Brunnen sind Leistungspumpversuche zum Nachweis des Wasserdargebots zu erbringen.

Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß BauGB, BBodSchG⁸

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand im Altlastenkataster des Landkreises Dahme-Spreewald eine sanierte Altablagerung, d. h. auf dieser Altablagerung wurden Maßnahmen nach § 2 Abs. 7 Nr. 2 BBodSchG durchgeführt.

Die sanierte Altablagerung "Deponie Leibchel II" (Reg.-Nr. 0331610132) ist im nordöstlichen Bereich des Flurstückes 39 der Flur 4 in der Gemarkung Leibchel gelegen, wobei deren Lage im Vorwurf der Planzeichnung der mit Punkten umrandeten "Fläche(n) mit Bindung für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" entspricht. Das in der Planzeichnung auf dem Flurstück 39 gekennzeichnete Kreuz "Altlastenverdachtsfläche (genaue Lage und Abgrenzung unbekannt)" ist zu entfernen, da es sich hier um eine veraltete und ungenaue Lagedarstellung der "Deponie Leibchel II" handelt, welche bereits vor einigen Jahren auf die o. g. Fläche im Altlastenkataster konkretisiert wurde.

Nach den vorliegenden Angaben umfasste die im Zeitraum 2000/2001 durchgeführte Sicherungsmaßnahme der Altablagerung "Deponie Leibchel II" die Beräumung der Oberfläche, eine Verfüllung des Restloches, die Profilierung der Abdeckschicht und eine abschließende Rasenansaat. Üblicherweise wurden die dort abgelagerten Abfälle nicht beseitigt, so dass sie sich noch in der ehemaligen Grube befinden. Aufgrund der o. g. durchgeführten Sicherungsmaßnahmen wird die Altablagerung "Deponie Leibchel II" als sanierte Altablagerung im Altlastenkataster geführt.

Die Fläche der noch vorhandenen gesicherten Altablagerung "Deponie Leibchel II" ist gemäß § 9 Abs. 3 BauGB als "Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind" oder mit einem Kreuz einschließlich der Bezeichnung "sanierte Altablagerung - Deponie Leibchel II" zu kennzeichnen. Derzeit besteht kein Untersuchungsbedarf für die Fläche der o. g. sanierten Altablagerung. Seitens der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde bestehen hinsichtlich der festgesetzten "Fläche(n) mit Bindung für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" und "Photovoltaik-Freiflächenanlage" (SO 1 und SO 2) keine Einwände.

Untere Bauaufsichtsbehörde gemäß BbgBO⁹

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes und die Baugrenzen, die nicht auf Grundstücksgrenzen liegen, sind durch Koordinaten räumlich eindeutig zu bestimmen.

Die Erschließung der Baugrundstücke ist gemäß § 4 Abs. 1 BbgBO i. V. m. § 84 BbgBO mittels Baulasten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu sichern.

Brandschutzdienststelle

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Abstimmungen zu brandschutzrelevanten Details, wie die Zugänglichkeit und die Löschwassersicherstellung, erfolgen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens.

Untere Denkmalschutzbehörde

Bau- und Bodendenkmalschutz

- ☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Landwirtschaft gemäß BauGB

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Der Bebauungsplan wird seitens des Sachgebietes Landwirtschaft kritisch gesehen, da die Flächen der Landwirtschaft entzogen werden. Die Fläche des Bebauungsplanes umfasst rund 73 ha und wird derzeit größtenteils als Landwirtschaftsfläche durch [REDACTED] und [REDACTED] aktiv bewirtschaftet. Die Ackerzahl für den Bereich des Bebauungsplanes liegt im Mittel um 31/32.

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlich oder als Wald genutzter Flächen soll begründet werden; dabei sollen Ermittlungen zu den Möglichkeiten der Innenentwicklung zugrunde gelegt werden, zu denen insbesondere Brachflächen, Gebäudeleerstand, Baulücken und andere Nachverdichtungsmöglichkeiten zählen können. Den Belangen der Landwirtschaft sind bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen nach § 1 Abs. 7 BauGB besonderes Gewicht beizumessen, um landwirtschaftliche Flächen nachhaltig zu sichern.

Im Rahmen der Planerstellung muss eine nachvollziehbare Alternativenprüfung unter Beachtung des § 1a Abs. 2 BauGB vorgenommen werden, um Landwirtschaftsflächen zu schützen. Die Standortwahl für Solarfreiflächenanlagen sollte sich ausschließlich auf versiegelte Flächen und Konversionsflächen orientieren, keinesfalls auf aktiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen! Für Solarflächen sind laut Gesetzgeber Standorte entlang der Autobahnen vorrangig zu nutzen. Die Nahrungs- und Futtermittelproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen sollte nicht durch die Produktion erneuerbarer Energien minimiert werden. Bei der Alternativenprüfung sollte auch auf die Bodengüte geachtet werden.

Entsprechend der "Handreichung für Kommunen zur Standortauswahl für Photovoltaikanlagen" des Landkreises Dahme-Spreewald vom 15.03.2023 sollen Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Böden vermieden werden. Alternativstandorte, wie versiegelte Flächen, Lärmschutzwände, Überdachungen, auch z. B. auf Altlaststandorten usw. sind bevorzugt zu wählen (<https://www.dahme-spreewald.info/de/aktuelles/handreichung-fuer-kommunen-zur-standortauswahl-fuer-photovoltaikanlagen/116274>). In der Handreichung wird kritisch betrachtet, dass PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Böden verbaut werden. Es wird empfohlen, nur Böden unter 23 Bodenpunkte für Photovoltaikanlagen zuzulassen. Landwirtschaftlichen Nutzflächen mit einer Ackerzahl von 30/31 sollten damit ohne eine nachvollziehbare Alternativenprüfung von einer PV-Freiflächenplanung ausgenommen sein!

Ordnungsamt gemäß BbgJagdG¹⁰Brand- und Katastrophenschutz

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Im Rahmen der Grundflächenbebauung sollten Maßnahmen gegen die Auswirkungen von Starkniederschlägen und Schneeschmelze bei gefrorenem Boden berücksichtigt werden.

Untere Jagdbehörde

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Analog zu § 3 BbgJagdG stellt die Errichtung eines Energieparks eine Zerschneidung von Lebensräumen von Wildtieren von überregionaler Bedeutung dar. Daher müssen alle Maßnahmen durch den Vorhabenträger ergriffen werden, um die Auswirkungen bzw. Beeinträchtigungen des mit dem Bebauungsplan vorbereiteten Vorhabens auf das Wild zu verhindern bzw. zu mildern.

Eine Breite von mind. 50 m (nutzbare Breite) für Wildwechsel/Querungshilfen ist derzeit Stand der Technik und sollte nur unter besonderen örtlichen Umständen auf max. 30 m reduziert werden.

In direkter Nähe von Faunaunterführungen bzw. Wildbrücken ist auf einen geeigneten Abstand zu achten, um die Funktionsfähigkeit dieser Querungshilfen nicht zu beeinträchtigen. Wichtig ist bei jeder Querungshilfe, egal ob über eine Straße oder durch eine PV-Freiflächenanlage, Jäger betroffener Jagdbezirke davon zu überzeugen, jagdliche Aktivitäten im Bereich dieser Querungshilfen deutlich zu reduzieren, damit diese auch ihrem Zweck dienen!

PV-Freiflächenanlagen stellen eine betriebliche Anlage nach § 5 BbgJagdG dar, so dass diese Grundflächen nach Fertigstellung und Inbetriebnahme (mit Umfriedung) von der bejagdbaren Grundfläche der Jagdgenossenschaft/Eigenjagdbezirk abgezogen werden müssen. Auf die Mindestgröße von gemeinschaftlichen Jagdbezirken und Eigenjagdbezirken ist zu achten, anderenfalls stellen diese Eingriffe schwerwiegende Eingriffe in das Jagdrecht dar, weil diese Jagdbezirke somit untergehen bzw. die Jagdflächen durch langwierige behördliche Abrundungsverfahren neu gegliedert werden müssen. Erfolgt die Errichtung einer PV-Freiflächenanlagen im Anschluss an andere benachbarte PV-Freiflächenanlagen, so sind diese in einem wildökologischen Gutachten kumulativ anzusetzen im Rahmen des Einstandes des Wildes und der Zerschneidungswirkung!

Die zuständigen Jagdgenossenschaften sind kraft Gesetz Körperschaft des öffentlichen Rechtes und falls noch nicht geschehen, in Kenntnis zu setzen. Die Jagdgenossenschaften können sich anschließend mit den Jagdpächtern an dem Verfahren beteiligen.

Folgende Jagdgenossenschaften sind vorliegend betroffen:

Jagdgenossenschaft "Leibchel"

Der Vorsitzende



Jagdgenossenschaft "Glietz"
Der Vorsitzende

Ebenso sind, wenn noch nicht geschehen, die zuständigen Hegegemeinschaften am Verfahren zu beteiligen.

HG Mitte:
Vorsitzender

HG Süd-Ost Oberspreewald:
Vorsitzender

Kataster- und Vermessungsamt

- ☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Bauleit- und strategische Planung gemäß BauGB, BauNVO¹¹

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Entsprechend dem "Kriterienkatalog für die Errichtung von Photovoltaikanlagen in der Gemeinde Märkische Heide", Punkt 3.2, sind konventionelle Freiflächenanlagen grundsätzlich als letzte Option der Energiegewinnung zu betrachten. *"Die Negativmerkmale überwiegen und begründen sich kommunalseitig oft nur durch fiskalische Aspekte. Diese Herangehensweise für eine positive Beschlussfassung ist grundsätzlich abzulehnen."* Eine Übereinstimmung der Planung mit den gemeindlich abgesteckten Zielen ist somit durchaus infrage zu stellen. Warum erfolgt z. B. keine Festsetzung für die zwingende Errichtung einer Agri-PV-Anlage auf dieser intensiv genutzten Landwirtschaftsfläche? In der Begründung sind hierzu entsprechende Aussagen erforderlich.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes und die Lage der Baugebiete ist eindeutig und bestimmt festzulegen. Insbesondere dort, wo der Geltungsbereich nicht durch Flurstücksgrenzen klar vorgegeben ist, ist eine eindeutige Vermaßung vorzunehmen (ggf. ist die Angabe von Koordinaten erforderlich).

Warum wird die zeichnerisch festgesetzte "Fläche mit Bindungen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen" teilweise weiß und teilweise als sonstiges Sondergebiet (orange) dargestellt?

In der Planzeichenerklärung sollte die Angabe von Rechtsgrundlagen dort erfolgen, wo sie zum Verständnis der Planzeichenerklärung beitragen, z. B. bei der Festsetzung des Baugebietes ge-

mäß § 11 BauNVO, der Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 BauNVO, der Baugrenze gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO.

In der Planzeichnung sollte ergänzend die Gemarkungsgrenze dargestellt und in der Planzeichnerklärung erläutert werden.

Der im Vorentwurf bereits vorgesehene Ausfertigungsvermerk ist der Funktion der Ausfertigung und dem Rechtsstaatsgebot Rechnung tragend textlich zu ergänzen. Eine korrekt ausgefertigte Satzung muss enthalten: 1. Das Datum des Satzungsbeschlusses, 2. ggf. die Tatsache und das Datum der Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde und 3. das Datum der Ausfertigung. Ein Formulierungsvorschlag ist der "Arbeitshilfe Bebauungsplanung" des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (MIL, Stand Dezember 2022), Kapitel A5, Seite 2, zu entnehmen.

Die im Vorentwurf der Planzeichnung enthaltene Übersichtskarte ist nicht aussagekräftig in Bezug auf die Darstellung der städtebaulichen Situation und der Einordnung des Plangebietes im Gemeindegebiet.

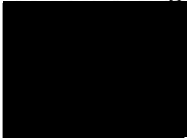
Seitens der Gemeinde sollte eine ergänzende vertragliche Regelung (städtebaulicher Vertrag) in Anlehnung an die Verpflichtungserklärung zum Rückbau des Vorhabens nach einer dauerhaften Aufgabe der zulässigen Nutzung nach § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB geprüft werden.

Die zitierten Rechtsgrundlagen sind vor Satzungsbeschluss zu aktualisieren (BNatSchG, BbgBO).

Eine Kopie der Stellungnahme erhält das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Referat GL 5, in Potsdam.

Mit freundlichen Grüßen

in Vertretung



Beigeordnete und Dezernentin

-
- ¹ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)
 - ² Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. I Nr. 153)
 - ³ Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I/13, Nr. 3, ber. GVBl. I/13, Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, Nr. 9, S. 11)
 - ⁴ Verordnung des Landkreises Dahme-Spreewald zum Schutz von Bäumen, Hecken und Feldgehölzen (Baumschutzverordnung - BaumschV LDS) vom 28.09.2022, in Kraft getreten am 01.10.2022 (ABl. für den LDS Nr. 33, S. 24 ff.)
 - ⁵ Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. März 2012 (GVBl. I/12 Nr. 20), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, Nr. 9, S. 14)
 - ⁶ Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
 - ⁷ Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) vom 18. April 2017 (BGBl. I 2017 S. 905), zuletzt geändert durch Artikel 256 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)
 - ⁸ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
 - ⁹ Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18 Nr. 39), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2023 (GVBl. I/23, Nr. 18)
 - ¹⁰ Jagdgesetz für das Land Brandenburg (BbgJagdG) vom 9. Oktober 2003 (GVBl. I/03, Nr. 14, S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GVBl. I/24, Nr. 9, S. 16)
 - ¹¹ Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176)

GRUPPE PLANWERK

z.H. [REDACTED]
Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Nur per E-Mail: bauleitplanung@gruppeplanwerk.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Gesch.-Z.: 11-GL5-4614-1-008/2024-001/001

Fax: 0331 866-8703

Dok.-Nr.: A-2024-00031070

Internet: gl.berlin-brandenburg.de

Potsdam, 03. Juli 2024

Bebauungsplan Solarpark Leibchel-Glietz

GL-Reg.-Nr.: 0387/2024
Verfahrensschritt: Entwurf, Stand: April 2024
Gemeinde / Ortsteil: Märkische Heide / Leibchel und Glietz
Kreis: Dahme-Spreewald
Region: Lausitz-Spreewald

Ihre Anfrage vom 10.06.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur o.g. Planung geben wir folgende Stellungnahme ab:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme zur Zielfrage gemäß Art. 12 bzw. 13 des Landesplanungsvertrages |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB |
| <input type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB |

Beurteilung der angezeigten Planungsabsicht:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen |
| <input type="checkbox"/> | Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung |
| <input type="checkbox"/> | Anpassung an die Ziele der Raumordnung nur unter u.g. Voraussetzungen möglich |

Erläuterungen:

Die für die Planung maßgeblichen Ziele der Raumordnung werden in der Planbegründung dargelegt.

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

- Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)
- Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Dienstsitze

AL/SAL/GL 1, 2, 3, 5, 6
GL 4
GL 5

14467 Potsdam
03046 Cottbus
15236 Frankfurt (Oder)

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
Gulbener Straße 24
Müllroser Chaussee 54

Telefon

0331-866-8701
0355-494924-51
0335-06076-9932

Fax

0331-866-8703
0355-494924-99
0335-60676-9944

ÖPNV

Tram 92, 93, 96, Bus 606
Bus 16
Tram 3, 4, Bus 981

- Regionalplan Lausitz-Spreewald, sachlicher Teilplan „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ vom 17.11.1997 mit Bekanntmachung vom 26.08.1998 (ABl. / Amtlicher Anzeiger, S. 889)
- Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, in Kraft getreten mit Bekanntmachung der Genehmigung im ABl. Nr. 50 vom 22.12.2021, S. 1086
- Entwurf des sachlichen Teilregionalplans (TPR) Windenergienutzung der Region Lausitz-Spreewald vom 14.09.2023, öffentliche Auslegung vom 02.11.2023 bis 10.01.2024; im Internet aufrufbar unter <https://region-lausitz-spreewald.de/de/regionalplanung/teilplaene/artikel-sachlicher-teilregionalplan-windenergienutzung-entwurf.html>

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die Ziele der Raumordnung bei der Bauleitplanung zu beachten.


Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



Regionale Planungsstelle

Gulbener Straße 24 03046 Cottbus

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald
PF 10 07 44 03007 CottbusInternet: www.region-lausitz-spreewald.de
e-mail: poststelle@region-lausitz-spreewald.deGruppe Planwerk
Uhlandstraße 97
04451 Borsdorf

Bearbeiter:

Hausanschluss:

Unser Zeichen: 7j/ec/eb_868_2024

Cottbus, 12.07.2024

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

hier: Ihr Schreiben vom 10.06.2024 per Mail

Allgemeine Angaben

Stadt/Gemeinde: Märkische Heide**Amt:****Landkreis:** Dahme-Spreewald**Planbezeichnung:** Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ und 1. Änderung FNP

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regionalen Planungsgemeinschaften sind nach dem „Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I/12, [Nr. 13]), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2024 (GVBl. I/24, [Nr. 20])“ Träger der Regionalplanung.

Für die Stellungnahme gelten die folgenden Grundlagen:

- Sachlicher Teilregionalplan II „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“, veröffentlicht am 26. August 1998 im Amtlichen Anzeiger für Brandenburg Nr. 33
- Aufstellungsbeschluss des integrierten Regionalplanes der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald vom 20.11.2014
- Sachlicher Teilregionalplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“, bekanntgemacht am 22. Dezember 2021 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 50
- Entwurf des sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“, gebilligt am 14.09.2023

Vorsitzender: Landrat Siegurd Heinze, Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Stellvertreter: Oberbürgermeister Tobias Schick, Stadt Cottbus/Chóśebuz
Stellvertreter: N. N.

Leiter der
Reg. Planungsstelle: Carsten Maluszczyk

Tel (03 55) 49 49 77-0

Bankverbindung: Sparkasse Spree-Neiße
BLZ: 180 500 00
Konto: 3205 100 165
IBAN: DE90180500003205100165
BIC: WELADED1CBN

- ☒ *keine Einwendungen*
- ☐ *Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit (Beachtungspflicht rechtskräftiger Regionalpläne)*
- ☐ *Einwendungen mit Berücksichtigungspflicht auf Grundlage von Regionalplanentwürfen, eigenen Entwicklungskonzepten und informellen Planungen*
- ☐ *Hinweise*

Mit freundlichen Grüßen





LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 | D-15806 Zossen

GRUPPE PLANWERK

Uhlandstraße 97
10715 Berlin

GRUPPE PLANWERK
GP Planwerk GmbH

26. Juni 2024

EINGEGANGEN

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege /
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4-5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Internet: www.bldam-brandenburg.de

Dezernat Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /
Braunkohle
Bearbeiterin: [REDACTED]
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06
Durchwahl: [REDACTED]
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01
E-Mail: [REDACTED]

Wünsdorf, den 24. Juni 2024

Ihr Zeichen
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)
GV 2024:230

Vorentwurf Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ und Vorentwurf 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabenbereich

Sehr geehrte [REDACTED]

im Bereich des o. g. Vorhabens sind **derzeit** keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert.

In drei Abschnitten des Vorhabenbereichs besteht jedoch aufgrund fachlicher Kriterien die **begründete Vermutung**, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).

Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte:

- 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg stellten derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung dar.
- 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen der bekannten Fundstellen in der näheren Umgebung.

Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen (siehe Anlage):

Die Termine der Erdarbeiten in den ausgewiesenen Bodendenkmalvermutungsbereichen sind daher sowohl der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde als auch dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Referat Großvorhaben, **zwei Wochen im Voraus** mitzuteilen.

Sollten während der Bauausführung bei Erdarbeiten – auch außerhalb der als Bodendenkmalvermutungsbereich gekennzeichneten Flächen – Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese unverzüglich der zuständigen Unteren

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4-5 · D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06 · Telefax: 03 37 02 / 211 15 01

Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum anzuzeigen (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).

Werden in den ausgewiesenen Vermutungsbereichen und darüber hinaus archäologische Dokumentationen notwendig, so hat die/der Träger/in des Vorhabens nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen als auch die Dokumentation sicherzustellen.

Empfehlung im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen:

Um Bauverzögerungen zu vermeiden und bereits frühzeitige Planungssicherheit zu erhalten, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch die/den Vorhabenträger/in empfohlen, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). In dem Gutachten ist mittels einer **Prospektion** zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.

Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. In Abhängigkeit von den technischen Voraussetzungen kann das Gutachten ggf. auch baubegleitend erstellt werden.

Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), sollten nicht im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden ggf. kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Wir bitten darum, die Planunterlagen (Entwurf vom April 2024) entsprechend der hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege zu ergänzen bzw. zu korrigieren.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Hinweis:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

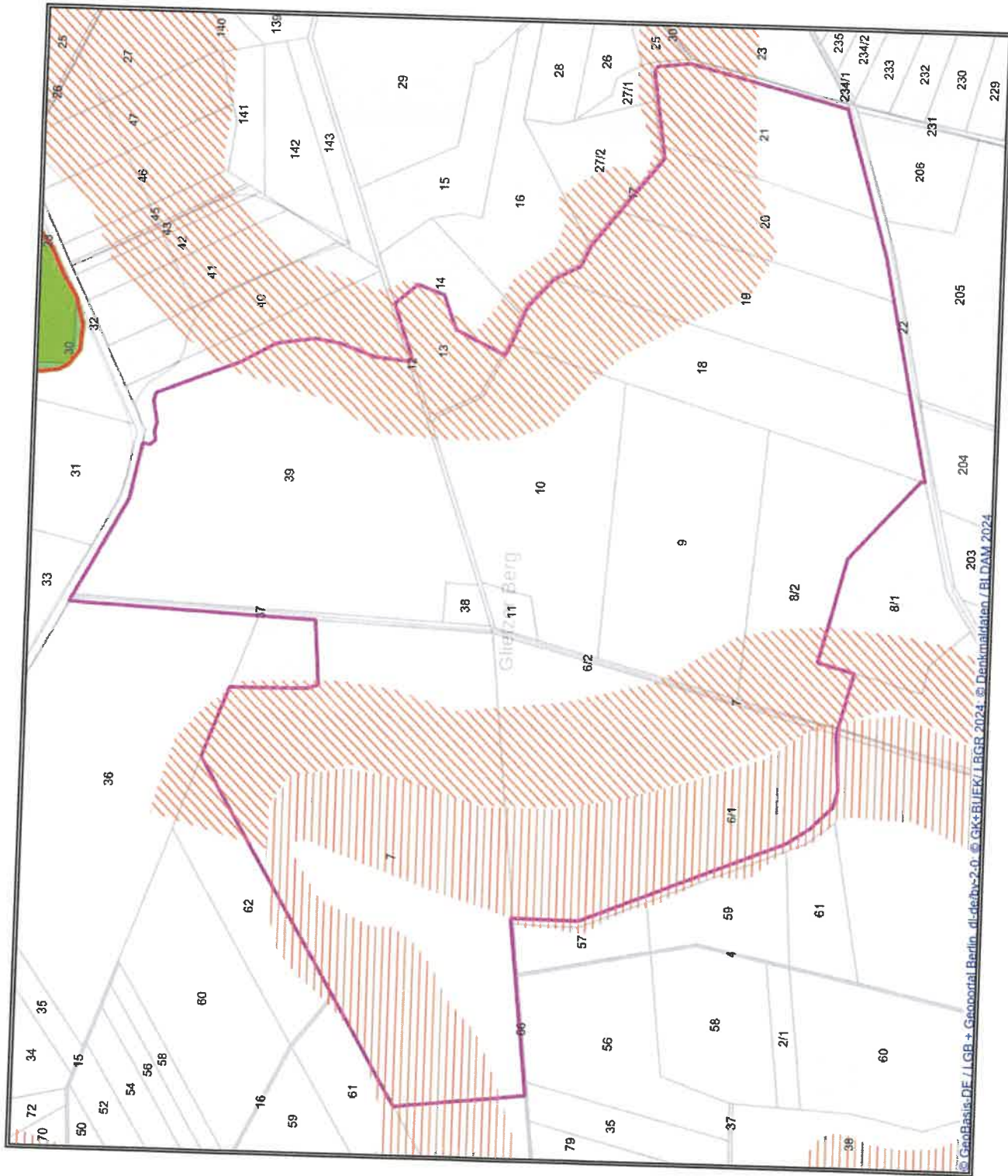
Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Referatsleiter Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Anlage

Kopie an - Lkr. Dahme-Spreewald / Untere Denkmalschutzbehörde



24.06.2024

Maßstab 1: 7000

0 70 140 210 280 m

Brandenburgisches Landesamt für
Denkmalpflege und Archäologisches
Landesmuseum
Abt. Bodendenkmalpflege
GV 2024:230
Legende

N Ihre Planung

Bodendenkmal in Bearbeitung

Bodendenkmal-Vermutungsfläche

Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2.0
Denkmaldaten: © BLDAM 2024
Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

GP Planwerk GmbH
z.H. [REDACTED]
Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Bearb.: [REDACTED]
Gesch-Z.: LFU-TOEB-
3700/536+17#228109/2024
Hausruf: +49 355 4991 [REDACTED]
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 20.06.2024

Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ der Gemeinde Märkische Heide
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 10.06.2024
- Begründung mit Umweltbericht, 04/2024
- Untersuchungsrahmen zur Umweltprüfung, 04/2024
- Planzeichnung, 04/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]
Dieses Dokument wurde am 20.06.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

| | |
|---|---|
| Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange | Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2 |
| Belang | Immissionsschutz |
| Vorhaben | Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ der Gemeinde Märkische Heide |
| Ansprechpartner*In: | <div></div> TOEB@ifu.brandenburg.de |

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

| | |
|---|--------------------------|
| Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung | <input type="checkbox"/> |
|---|--------------------------|

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

| |
|---|
| |
| b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme: |
| |

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Sachstand

Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (B-Plan) „Solarpark Leibchel-Glietz“ der Gemeinde Märkische Heide. Mit der Aufstellung des B-Planes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (aufgeständerte, bodennahe Variante) einschließlich erforderlicher Nebenanlagen u.a. zur Speicherung geschaffen werden. Das Plangebiet umfasst eine Fläche von rund 70ha und ist in zwei Teilflächen untergliedert. In diesem Zusammenhang werden zwei sonstige Sondergebiete (SO) „Photovoltaik“ gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO, eine Verkehrs- und Landwirtschaftsfläche festgesetzt.

Der gültige Flächennutzungsplan (FNP) stellt derzeit eine Fläche für Landwirtschaft dar. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert.

Das Plangebiet liegt östlich der Ortslage Neukrug und nördlich Glietz. Die nächstgelegene schutzwürdige Nutzung liegt rund 500m östlich in der Ortslage Neukrug. Direkt angrenzend an das Plangebiet befinden sich Wald- und Landwirtschaftsflächen. Im Norden verläuft die Ortsverbindung Neukrug-Guhlen (Leibcheler Dorfstraße).

Der vorliegende BP wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. § 1 Abs. 5 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.

2. Fazit

Den Bewertungen zu den Auswirkungen der Planung unter 1.3.1f. (Licht- und Geräuschemissionen) wird für den vorliegenden Einzelfall gefolgt. Nach jetzigem Kenntnisstand ist die geplante Anlage nicht geeignet schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG hervorzurufen. Es gelten die Betreiberpflichten gem. § 22 BImSchG für nicht genehmigungsbedürftige Anlagen.

Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Photovoltaikanlagen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind erhebliche Immissionskonflikte

infolge der Vorhabensrealisierung derzeit nicht erkennbar. Die vorliegende Planung wird als realisierbar eingeschätzt. Weiterführende Untersuchungen sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht erforderlich.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.

Dieses Dokument wurde am 11.06.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

GRUPPE PLANWERK

z.Hd. [REDACTED]

07/2024/ [REDACTED]

Uhlandstraße 97

Potsdam, den 08.07.2024

10715 Berlin

tel.: [REDACTED]

Vorab per Mail:

[REDACTED]@gruppeplanwerk.de

Stellungnahme der o.g. Naturschutzverbände zum

BP Solarpark Leibchel-Glietz

(Stand Vorentwurf April 2024)

-gilt im übertragenen Sinn auch für die

1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Märkische Heide

Ihr Zeichen: ohne

Ihre Mail vom 10.06.2024

Sehr geehrte [REDACTED]

die Verbände bedanken sich für die Beteiligung und nehmen wie folgt Stellung:

Geplant ist die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf einer Fläche von ca. 73ha nordöstlich der Ortslage Glietz und südöstlich des Wohnplatzes Neukrug/OT Leibchen.

Betroffen sind neben Grünlandflächen größtenteils Ackerflächen.

Das Plangebiet ist von Wald bzw. Baumreihen umgeben.

Im Flächennutzungsplan ist die Fläche größtenteils als *Fläche für Landwirtschaft* dargestellt.

Die Planfläche befindet sich im Außenbereich und das Vorhaben ist nicht privilegiert.

r

Grundsätzliches:

Die Verbände begrüßen grundsätzlich den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, zu denen auch die Photovoltaik gehört.

Dennoch werden im vorliegenden Fall Bedenken angemeldet:

Die Verbände sehen die flächenmäßige Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen kritisch, da diese letztendlich der landwirtschaftlichen Produktion (73ha) entzogen werden.

Folgerichtig stellt der Flächennutzungsplan für diesen Bereich landwirtschaftliche Nutzfläche dar.

Darüberhinaus gehen wir davon aus, daß zumindest zum Teil eine Ackerfläche mit höherer Ackerzahl in Anspruch genommen wird (Im westlichen Bereich 31-48, im restlichen Bereich bis 24). Auch das halten wir für problematisch, wenn hochwertige Böden der landwirtschaftlichen Nutzung nicht mehr zur Verfügung stehen.

So sind Bodenpunkte von im Durchschnitt über 23 für brandenburger Verhältnisse durchaus landwirtschaftlich nutzbare ertragreiche Böden.

Nicht umsonst geht der Regionalplan Oderland-Spree bei Bodenpunkten von bis zu 23 von einer besonderen Eignung für eine Solarnutzung aus. Bei darüber liegenden Bodenpunkten ist nur eine bedingte Eignung und Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung gegeben.

Wir verweisen auf die gewerblichen Bauflächen, deren Dachflächen mit Solarpanelen ausgerüstet werden können, ohne zusätzlichen Boden zu beanspruchen und ohne die Möglichkeit einer gewerblichen Nutzung zu minimieren.

Die landwirtschaftlich genutzte Ackerfläche als Offenlandbereich ist immer auch Nahrungsgebiet/Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln, Fledermäusen und Insekten. Dabei weisen wir hier insbesondere auf den vorhandene das Plangebiet querende Feldhecke und die Waldfläche hin. Die vorhandenen Gehölz- und Waldstrukturen bieten Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen.

Der Umweltbericht mit einer Eingriffs- Ausgleichsplanung und dem Artenschutzfachbericht steht noch aus, so daß nur erste Hinweise gegeben werden können.

Bei dem Untersuchungsraum für die Tiere ist über den Geltungsraum des Plangebietes hinaus mindestens ein 500m breiter Streifen mit zu untersuchen. Neben der Aufnahme von Vögeln, Reptilien und Amphibien sind in jedem Fall **auch die Fledermäuse** zu erfassen.

FAZIT

Bedenken werden angemeldet, da die Planfläche als landwirtschaftlich genutzte Fläche im rechtskräftigen FNP ausgewiesen ist und ökologisch wertvolle Biotope wie auch **Wald** hinsichtlich der ökologischen Wertigkeit betroffen sein kann.

Die Verbände bitten um Prüfung anderer Möglichkeiten der Aufstellung von Solarpaneelen, wobei die Inanspruchnahme von Dachflächen als die günstigste Variante angesehen wird.

Sollte an der Fläche festgehalten werden, bitten wir um erneute Beteiligung bei Vorlage der noch **ausstehenden** bzw. überarbeiteten umweltrelevanten Unterlagen (**Umweltbericht/qualifizierte Eingriffs-/Ausgleichsplanung und Artenschutzfachbeitrag**).

Darüber hinaus wird bemängelt, daß **keinerlei Entsiegelungsmaßnahmen** vorgesehen sind. Es ist aufgrund der Trockenheit unter einer großen Fläche unter den Modulen davon auszugehen, daß sich hier weder Blühstreifen noch Extensivgrünland entwickeln werden, so daß diesbezügliche Maßnahmen auch nicht anrechenbar/bilanzierbar sind.

Wir halten Photovoltaikanlagen in dieser Größenordnung für problematisch, zumal noch weitere Anlagen in Planung sind.

Der NABU verweist, darauf, daß Photovoltaikanlagen in Gänze maximal 2% der gesamten Gemeindefläche einnehmen und maximal 30ha(Nettofläche) betragen sollten.

Neben dem Hinweis auf die
Handlungsempfehlungen des MLUK vom März 2021 und der
KNE „Photovoltaik-Freiflächenanlagen und Naturschutz“ vom 21.04.2021,
KNE „Kriterien für eine naturverträgliche Gestaltung von Solar-Freiflächenanlagen“ vom 14.09.2021
Positionspaper BfN Eckpunkte für einen naturverträglichen Ausbau der Solarenergie, Oktober 2022,
TH Bingen „Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks“, August 2021,
UBA „Umweltverträgliche Standortsteuerung von Solar-Freiflächenanlagen“, Mai 2022,
Preschel/Preschel „Photovoltaik und Biodiversität-Integration statt Segregation“-NUL 2023,
Hinweise der Bodenseestiftung verweisen wir auf die
Vereinbarung aus 2005 zwischen Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS) und dem NABU
sowie den Entwurf des Positionspapieres des NABU von 08/2020 und
den Empfehlungen des MLUK vom 06.03.2024 (Rahmenbedingungen für die Zustimmung zu
Bebauungsplänen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen in großräumigen Landschaftsschutzgebieten).

Wir gehen davon aus, daß diese in ihrer Gesamtaussage bei der weiteren Planung auch
Berücksichtigung finden.

Alle Schriftstücke füge ich der Mail als Anhang mit bei. Aus Papierspargründen werden sie
nicht der Originalstellungnahme beigelegt, sondern ausschließlich per Mail übermittelt.

Wir bitten um weitere Beteiligung am laufenden Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Inselstraße 26
03046 Cottbus

GRUPPE PLANWERK
Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.-Z.: 74.21.46-18-492
Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]@lbgr.brandenburg.de
Internet: www.lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 12. Juli 2024

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Märkische Heide

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 10. Juni 2024 - [REDACTED]

Anhørungsfrist: 10. Juli 2024, mit abgestimmter Terminverlängerung zur Einreichung der Stellungnahme des LBGR bis zum 15. Juli 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung wie folgt:

B Stellungnahme

- Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

- Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse Potsdam
Konto-Nr.: 7 110 401 747
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE43 3005 0000 7110 4017 47
BIC-Swift: WELADEDXXX

3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

Bodengeologie:

Laut aktueller Moorbodenkundlicher Karte (MoorFIS 2021) befinden sich angrenzend zum Vorhabengebiet (Übersichtskarte, Anlage) unterschiedlich mächtige Erd- und Mulmniedermoore (siehe <https://geo.brandenburg.de/?page=boden-Grundkarten>).

Dies ist bei der Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Geologie:

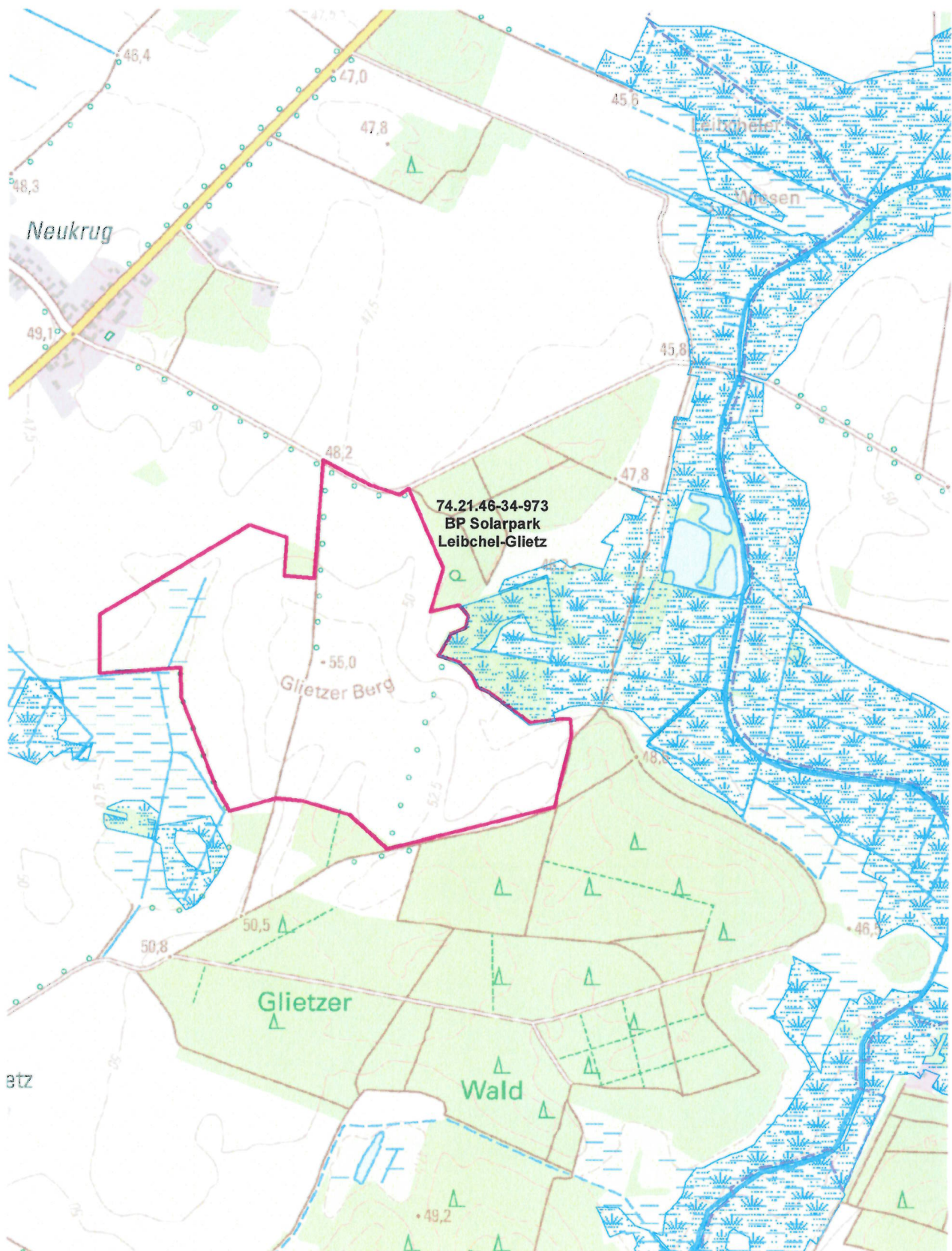
Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Anlage: 1 Übersichtskarte

1. Änderung FNP Gemeinde Märkische Heide zum
BP "Solarpark Leibchel-Glietz"
Az.: 74.21.46-18-492



Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB <2014>

Maßstab: 1:15.000

Stand: Juni 2024

Legende

- Planungsfläche
- Moore



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
Karl-Marx-Straße 21 | 15926 Luckau

GRUPPE PLANWERK

z.H. [REDACTED]

Uhlandstraße 97
10715 Berlin

Landesamt für Ländliche
Entwicklung, Landwirtschaft
und Flurneuordnung

Ref. B2 – Ländliche Neuordnung

Karl-Marx-Straße 21
15926 Luckau

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.Z.: 101-B2_LU-
2201/11764+41#12210/2024

Verf.-Nr.:

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel die
oben stehende Verfahrensnummer mit an.

Hausruf: [REDACTED]

Fax:

Internet: www.LELF.brandenburg.de
[REDACTED]@LELF.Brandenburg.de

Luckau, 08.07.2024

Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ sowie zur 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 10. Juni 2024 haben Sie o. a. Vorhaben angezeigt. Als Träger öffentlicher Belange im Bereich Agrarstruktur besitzt das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) Dienstsitz Luckau eine besondere Verantwortung für die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft und für die Landentwicklung. In dieser Funktion und als zuständige Flurbereinigungsbehörde wird hiermit zu der geplanten Maßnahme Stellung genommen.

Die vom Vorhaben betroffene Fläche befindet sich in keinem Verfahren zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) oder Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)

Zur vorgelegten Planung ergehen folgende allgemeine Hinweise:

Bei der Neuanlegung von Wegen ist aus agrarstruktureller und bodenordnerischer Sicht stets eine kurze Wegeführung von vorhandenen Straßen oder Wegen zu den Anlagenstandorten der Photovoltaikanlage einzuhalten, um dem ständig steigenden Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche entgegenzuwirken. Die für die Zuwegung zur Anlage notwendigen Flächen sind im Einvernehmen mit dem jeweils bewirtschaftenden Landwirt bereit zu stellen. Ebenso ist die Erreichbarkeit der weiterhin landwirtschaftlich genutzten Nachbarflächen zu gewährleisten. Etwaige Verluste wegen des Flächenentzuges durch Bildung neuer Wege und für die Anlage sind entsprechend zu entschädigen.

Dienstsitz Referatsleiter/-in:

17291 Prenzlau, Grabowstraße 33

Kompensationsmaßnahmen sind innerhalb der angezeigten Planfläche umzusetzen. Diesen wird nur unter der Maßgabe, dass kein weiterer Entzug und keine Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Nutzflächen erfolgen, zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieses Dokument wurde am 08.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

Landesbetrieb
Forst Brandenburg
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Forstamt Dahme-Spreewald | Bergstraße 25 | 15907 Lübben

GP Planwerk GmbH
Uhlandstraße 97

10715 Berlin

GRUPPE PLANWERK
GP Planwerk GmbH

02. Juli 2024

EINGEGANGEN

Forstamt Dahme-Spreewald

Bearb.: [REDACTED]
Gesch.Z.: 080-3-FoA-08-
7002/123+5#218963/2024

Hausruf: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
[REDACTED]@lfb.brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Lübben, 28.06.2024

Stellungnahmen Flächennutzungspläne

1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide

Sehr geehrt Damen und Herren, sehr geehrte [REDACTED],

die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide 15.04.2024 wurde seitens der unteren Forstbehörde am 20.06.2024 forstfachlich geprüft. Im Ergebnis teile ich Ihnen Nachfolgendes mit:

Der Geltungsbereich für den Flächennutzungsplan (siehe Anlage 1, rot dargestellt) umfasst in der Gemarkung Glietz, Flur 003, die Flurstücke 6/1 tlw., 6/2, 7 tlw., 8/2 tlw., 9, 10, 11, 12 tlw., 13, 17 tlw., 18, 19, 20, 21 sowie die Gemarkung Leibchel, Flur 004, die Flurstücke 7 tlw., 37, 38, 39 tlw. mit einer Gesamtfläche von ca. 74 ha.

Der in der Gemarkung Leibchel, Flur 4, Flurstück 37 befindliche Weg ist z.T. beidseitig mit Bäumen und Sträuchern bestanden, welche den Charakter einer Hecke aufweisen, die aus naturschutzfachlichen und ökologischen Gründen erhalten werden sollen.

Ein Teilbereich des Flurstücks 39 in der oben genannten Gemarkung ist ebenfalls mit Bäumen und Sträuchern bewachsen, die ebenfalls einen Hecken- bzw. Feldgehölzcharakter aufweisen. Diese Fläche hat einen Anschluss an die angrenzende Waldfläche und haben somit einen walddienenden Charakter. Aus diesem Grunde sind sie im Flächennutzungsplan entsprechend darzustellen.

Dienstgebäude

Bergstraße 25

Telefon

(03546) 270519

Fax

(0331) 275484988

15907 Lübben

Auf Grund der vorgenannten Gründe lehne ich die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide ab, dieser ist dem Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ anzupassen (Anlage 2, rosa dargestellt).

Die Außengrenzen des Plangebiets grenzen teilweise an Wald gemäß § 2 LWaldG an. Bei der weiteren Planung und Ausführung ist zu gewährleisten, dass die freie Zugänglichkeit dieser Waldflächen durch das vorhandene Wegenetz ständig gewährleistet wird (LWaldG § 15 (1), §18 (1) und (2)). Eine Sperrung der betroffenen Waldflächen durch Zäunung ist nicht zulässig!

Auf Grund der geringen Abstandshaltung zum Wald kommt auf den Waldbesitzer nach § 823 BGB eine erhöhte Verkehrssicherungspflicht zu. In diesem Zusammenhang wird auf das bauplanungsrechtliche Rücksichtsnahmegebot hingewiesen. Umfallende Bäume können Schäden verursachen. Empfehlenswert ist daher die Einhaltung eines entsprechenden Abstands vom Waldrand zu geplanten baulichen Anlagen.

Während der Bauphase dürfen keine nachteiligen Auswirkungen für die angrenzenden Waldflächen entstehen, d.h. beispielsweise keine Lagerung von Baumaterialien oder Bodenaushub im Wald, keine Befahrung von Waldflächen und keine Schädigung des angrenzenden Baumbestandes. Die Funktionen und die Bewirtschaftung der Waldfläche dürfen nicht beeinträchtigt bzw. eingeschränkt werden.

Die Vorgaben des Waldbrandschutzes sind einzuhalten (§ 20 und § 23 LWaldG).

Fragen zum Sachverhalt beantworte ich gern.

Mit freundlichen Grüßen

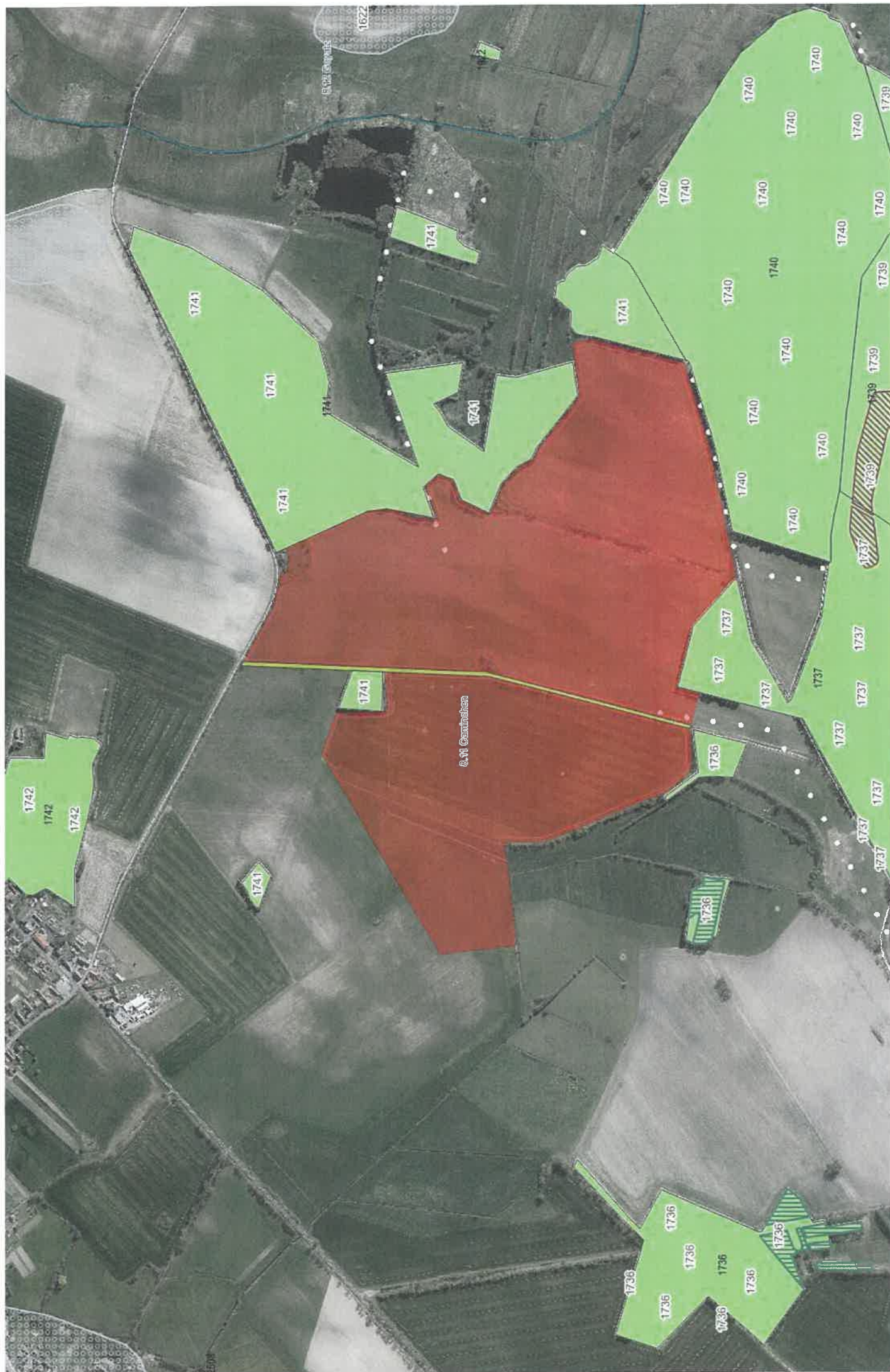
Im Auftrag



Dieses Dokument wurde am 28.06.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlagen.

- Anlage 1: Kartenausschnitt FNP Märkische Heide
- Anlage 2: Kartenausschnitt BPlan „Solarpark Leibchel-Glietz“



Alat



Aulay 2



Gemeinde Märkische Heide
Bauamt
Schlossstraße 13a
15913 Märkische Heide OT Groß Leuthen

vorab per Mail [REDACTED]

Bearbeiter: [REDACTED]
Abteilung: DNWAB TL-B
Durchwahl: [REDACTED]
Datum: 12. Juni 2024

**Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ und 1. Änderung des Flächennutzungsplans
der Gemeinde Märkische Heide
(Vorentwurf, Stand April 2024)
- Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß
§ 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden
gemäß § 2 Abs. 2 BauGB -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem mit Schreiben vom 10.06.2024 von dem Büro GRUPPE PLANWERK, Berlin eingereichten Vorentwurf des o. g. Bebauungsplans (Stand April 2024) sowie zum dem mit Schreiben vom 10.06.2024 von dem Büro GRUPPE PLANWERK, Berlin eingereichten Vorentwurf der 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide möchten wir folgende Stellungnahme als Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband (MAWV) Königs Wusterhausen abgeben:

Die Belange des MAWV werden durch den o. g. Bebauungsplan nicht berührt, da der räumliche Geltungsbereich (hier die Flurstücke 6/1 (tlw.), 6/2, 7 (tlw.), 8/2 (tlw.), 9, 10, 11, 12 (tlw.), 13, 17 (tlw.), 18, 19, 20, 21 der Flur 3, Gemarkung Glietz sowie die Flurstücke 7 (tlw.), 37, 38, 39 (tlw.) der Flur 4, Gemarkung Leibchel) außerhalb des Verbandsgebietes des MAWV liegt.

Die Aufgaben der Trinkwasservers- und Schmutzwasserentsorgung für die Ortsteile Glietz und Leibchel der Gemeinde Märkische Heide werden durch den TAZ Dürrenhofe / Krugau, Märkische Heide OT Groß Leuthen wahrgenommen.

Der Vollständigkeit halber möchten wir an dieser Stelle festhalten, dass entsprechend der Aussagen der Begründung „der Umweltbericht mit integriertem Eingriffs- Ausgleichsplan zum Bebauungsplan ‚Solarpark Leibchel-Glietz‘ der Gemeinde Märkische Heide [...] parallel zur Planaufstellung des Bebauungsplans verfasst“ wird. [...] Die gesamte Umweltprüfung wird im weiteren Verfahren kontinuierlich fortgeschrieben. Die Ergebnisse werden in den Verfahrensunterlagen ergänzt“.

Insofern erforderliche externe Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Verbandsgebietes des MAWV zum Tragen kommen, setzen wir die Beteiligung im weiteren Planverfahren bzw. im Plangenehmigungsverfahren der entsprechenden externen Ausgleichsmaßnahme voraus – hier um eine Betroffenheit ggf. vorhandener zentraler öffentlicher Anlagen der Trinkwasserver- und Schmutzwasserentsorgung des MAWV im Bereich erforderlicher Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bewerten zu können.

Gleiches gilt sinngemäß für die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Märkische Heide – welche im Parallelverfahren zum Bebauungsplan „Solarpark Leibchel-Glietz“ aufgestellt wird.

Freundliche Grüße



Stellvertreter des Verbandsvorstehers

Kopie (per Mail)



GRUPPE PLANWRK, Berlin –



Deutsche Bank Königs Wusterhausen
IBAN DE38 1207 0000 0337 7447 01
BIC (Swift-Code) DEUTDEBB160
Ust.-ID: DE 167982016

Stellungnahme des Glietzer Ortsbeirats zur Änderung des Flächennutzungsplans und gegen Solaranlagen auf Ackerflächen in der Glietzer Umgebung

Sehr geehrte Gemeindevertreter, geehrter Bürgermeister

als Ortsvorsteher von Glietz möchten wir hiermit unsere Bedenken und unsere Ablehnung gegenüber der geplanten Änderung des Flächennutzungsplans und der Errichtung von Solaranlagen in der Umgebung von Glietz zum Ausdruck bringen. Obwohl erneuerbare Energien wichtig für eine nachhaltige Energieversorgung sind, sehen wir erhebliche Nachteile und Risiken bei der Nutzung von Ackerflächen für diesen Zweck. Im Folgenden möchten wir Ihnen die wichtigsten Argumente und Risiken darlegen, die aus unserer Sicht gegen die geplante Änderung sprechen.

1. Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen

Ackerflächen sind ein begrenztes und wertvolles Gut, das für die lokale Nahrungsmittelproduktion unerlässlich ist. Die Umwandlung dieser Flächen in Solaranlagen führt zu einem dauerhaften Verlust an Anbauflächen, was die lokale Landwirtschaft schwächen und die regionale Lebensmittelproduktion beeinträchtigen kann. Der geplante Solarpark umfasst eine Fläche von 73,3 ha, größtenteils bestehend aus Ackerflächen, die aktuell intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Der Verlust dieser Flächen für die Landwirtschaft bedeutet nicht nur eine Verringerung der lokalen Nahrungsmittelproduktion, sondern auch eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Grundlage der ortsansässigen Landwirte. Insbesondere die Flächen mit höheren Boden- und Ackerzahlen (25 bis 48) sollten weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden und nicht für Solarenergie beansprucht werden.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. "Flächennutzung und Flächenverbrauch." Verfügbar unter: BMEL - Flächennutzung

Weiterführende Literatur: Weltagrarbericht, IAASTD. "Agriculture at a Crossroads." Island Press, 2009.

2. Beeinträchtigung der Biodiversität

Landwirtschaftlich genutzte Flächen bieten Lebensräume für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Die Installation von Solaranlagen kann diese Ökosysteme stören und zur Verdrängung oder zum Verlust von Arten führen. Dies widerspricht den Bemühungen um den Erhalt der biologischen Vielfalt und kann langfristige negative ökologische Auswirkungen haben. Trotz der angegebenen Schutzvorkehrungen könnten die

umfangreichen Bauarbeiten zur Errichtung des Solarparks erhebliche Störungen der lokalen Fauna und Flora verursachen. Das Gebiet ist umgeben von Waldflächen, die als Lebensraum für diverse Tier- und Pflanzenarten dienen. Es gibt Bedenken, dass die Licht- und Geräuschimmissionen sowie die Veränderungen des Mikroklimas durch die Solarmodule negative Auswirkungen auf die örtliche Biodiversität haben könnten.

Quelle: Umweltbundesamt. "Biodiversität und Landnutzung." Verfügbar unter: UBA - Biodiversität

Weiterführende Literatur: Naumann, S. et al. "Assessment of the potential of ecosystem-based approaches to climate change adaptation and mitigation in Europe." Ecologic Institute, 2011.

3. Bodenversiegelung und Erosion

Die Errichtung von Solaranlagen erfordert umfangreiche infrastrukturelle Maßnahmen, die zu einer Versiegelung des Bodens führen können. Dies erhöht das Risiko von Bodenerosion und kann langfristig die Fruchtbarkeit der umliegenden Böden beeinträchtigen. Die Bodenversiegelung kann zudem die natürliche Wasseraufnahme des Bodens stören, was zu Problemen bei der Wasserbewirtschaftung führen kann. Im nordöstlichen Teil des Plangebiets besteht ein Altlastenverdacht, dessen Aktualität und potenzielle Gefahren noch nicht abschließend geklärt sind. Eine umfassende Überprüfung dieser Altlasten ist zwingend erforderlich, um sicherzustellen, dass keine gesundheitlichen oder ökologischen Risiken bestehen. Bis zur Klärung dieser Punkte sollte die Planung nicht weiter vorangetrieben werden.

Quelle: Umweltbundesamt. "Bodenversiegelung." Verfügbar unter: UBA - Bodenversiegelung

Weiterführende Literatur: BGR. "Bodenatlas Deutschland." Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2012.

4. Negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild und den Tourismus

Großflächige Solaranlagen verändern das Landschaftsbild erheblich und können negative Auswirkungen auf den Tourismus und die Naherholung haben. Die ästhetische Attraktivität der Region wird vermindert, was zu einem Rückgang der Besucherzahlen und damit verbundenen Einnahmen führen kann. Die geplante Erschließung des Solarparks über bestehende Wirtschaftswege könnte zu einer erhöhten Verkehrsbelastung und Beschädigung dieser Wege führen. Insbesondere während der Bau- und Rückbauphase sind erhebliche Verkehrsbewegungen zu erwarten, die die lokale Infrastruktur belasten könnten. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für die Anwohner dar und könnte zu erhöhten Kosten für die Instandhaltung der Wege führen.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. "Tourismus und nachhaltige Entwicklung." Verfügbar unter: BMWK - Tourismus

Weiterführende Literatur: Becken, S. "Tourism and Climate Change: Risks and Opportunities." Channel View Publications, 2007.

5. Wirtschaftliche Unsicherheiten und Risiken

Die langfristige wirtschaftliche Tragfähigkeit von Solaranlagen hängt stark von zukünftigen Energiepreisen und der Stabilität von Stromabnahmeverträgen ab. Sollte sich die Marktlage ändern, besteht das Risiko, dass Solaranlagen nicht die erwarteten Erträge liefern und möglicherweise ungenutzt bleiben. Dies würde zu einer weiteren Flächenversiegelung und möglichen hohen Rückbaukosten führen. Die langfristige wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projekts basiert auf Förderungen und Annahmen über zukünftige Energiepreise und die Stabilität der Stromabnahmeverträge (Power Purchase Agreements). Sollte sich die Marktlage ändern, besteht das Risiko, dass der Solarpark nicht die erwarteten Erträge liefert und möglicherweise ungenutzt bleibt, was wiederum zu einer weiteren Flächenversiegelung und möglichen Rückbaukosten führt.

Quelle: Fraunhofer ISE. "Aktuelle Fakten zur Photovoltaik in Deutschland." Verfügbar unter: Fraunhofer ISE - Photovoltaik

Weiterführende Literatur: IEA. "World Energy Outlook." International Energy Agency, jährliche Berichte.

6. Soziale Spannungen innerhalb der Gemeinde

Die Nutzung von Ackerflächen für Solaranlagen kann zu sozialen Spannungen und Konflikten innerhalb der Gemeinde führen, insbesondere wenn Landwirte und andere Anwohner sich benachteiligt fühlen. Diese Spannungen können das soziale Gefüge der Gemeinde belasten und zu Unzufriedenheit führen. Trotz der durchgeführten Informationsveranstaltungen und Gespräche mit dem Ortsbeirat bleibt der Eindruck bestehen, dass die Bedenken und Einwände der örtlichen Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Eine breitere und tiefgreifendere Einbeziehung der Bürger ist notwendig, um eine nachhaltige und akzeptierte Lösung zu finden.

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik. "Soziale Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung." Verfügbar unter: Difu - Soziale Nachhaltigkeit

Weiterführende Literatur: Putnam, R.D. "Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community." Simon & Schuster, 2000.

7. Schwierigkeit der Rückumwandlung von Nutzflächen

Einmal umgewandelte Nutzflächen lassen sich nur schwer wieder in Ackerland zurückführen. Diese Rückumwandlung ist rechtlich und praktisch äußerst kompliziert und oft nicht durchführbar. Solche Änderungen sind daher meist irreversibel, was eine langfristige Nutzungseinschränkung bedeutet.

*Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
"Bodenrecht und Bodenschutz." Verfügbar unter: StMELF - Bodenschutz
Weiterführende Literatur: FAO. "The State of the World's Land and Water Resources for
Food and Agriculture." FAO, 2011.*

8. Tendenz zur Flächenausweitung

Erfahrungen zeigen, dass einmal in Solaranlagen umgewandelte Flächen häufig weiter ausgebaut werden. Dieser Trend zur kontinuierlichen Erweiterung kann zu einer schleichenden Verdrängung der landwirtschaftlichen Nutzung führen und die Agrarlandschaft nachhaltig verändern.

*Quelle: Bundesamt für Naturschutz. "Flächensparende Siedlungsentwicklung."
Verfügbar unter: BfN - Flächensparen
Weiterführende Literatur: Hillel, D. "Out of the Earth: Civilization and the Life of the
Soil." University of California Press, 1991.*

9. Alternative Standorte für Solaranlagen

Es gibt alternative Möglichkeiten zur Nutzung von Solarenergie, die weniger invasive Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Nutzung und das Landschaftsbild haben. Beispielsweise könnten Solaranlagen auf Dachflächen von Industriegebäuden, Parkplätzen oder brachliegenden Flächen installiert werden. Diese Alternativen sollten bevorzugt werden, um die wertvollen Ackerflächen zu erhalten.

Quelle: Bundesverband Solarwirtschaft. "Solarenergie auf Dachflächen." Verfügbar unter: BSW - Solar auf Dächern
Weiterführende Literatur: GSES. "Grid-Connected Solar Electric Systems: The Earthscan Expert Handbook for Planning, Design and Installation." Routledge, 2013.

Abschließend möchten wir betonen, dass bei der Entscheidung über die Änderung des Flächennutzungsplans und die Errichtung von Solaranlagen in der Glietzer Umgebung die langfristigen Auswirkungen auf die Umwelt, die Landwirtschaft und die Lebensqualität der Bewohner berücksichtigt werden müssen. Wir hoffen, dass Sie unsere Bedenken ernst nehmen und die geplante Änderung des Flächennutzungsplans sowie die Errichtung von Solaranlagen auf Ackerflächen sorgfältig überdenken.

Mit freundlichen Grüßen,

© 2006 The Authors

GRUPPE PLANWERK

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff:Solarpark Leibchel-Glietz: Ergänzende Informationen für Planung und Bebauung von Ackerflächen mit Solaranlagen in der Umgebung von Glietz

Datum:Tue, 3 Sep 2024 08:42:36 +0200

Vd

Kopie (CC):

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen wurde unsere Stellungnahme vom 8.7.2024 freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Anbei finden sie noch die restlichen Unterschriften unserer Dorfbewohner zur Vollständigkeit.

Es wird dargestellt, dass es einige wenige Dorfbewohner in Glietz gibt, die dort ihre Ackerflächen für Solar verpachten wollen. Ich habe nachgefragt und die meisten darunter möchten eigentlich nicht, haben aber dann Angst, dass sie ringsherum mit Solar zugebaut werden und dann gar nichts mehr mit ihrem Land anfangen können. Das sind schon heftige Methoden. Hier wird mit Druck gearbeitet.

In der letzten Versammlung des Bauausschusses vom 28.8.2024 habe ich die grundlegende Haltung der Glietzer Bürger noch einmal wiederholt, da unsere Befürchtungen von der Solarbaufirma leider nicht widerlegt werden konnten (im Einzelnen vergleichen Sie bitte den Anhang "Analyse der Gegenreaktion auf die Stellungnahme des Ortsbeirates Glietz"). Wir bitten weiterhin um Überprüfung von Alternativ-Flächen, die keine Ackerflächen und Natur zerstören! Wir schließen uns den Ihnen vorliegenden Stellungnahmen der anerkannten Naturschutzverbände zum BP Solarpark Leibchel-Glietz vom 08.07.2024 an.

Die mit der Solarbebauung geplanten Ackerflächen wurden bestellt! Der Boden in Glietz ist ein guter Boden für Landwirtschaft mit mittleren Bodenwerten. Der Anbau von Getreide, Mais und Ölfrüchten hat schon stattgefunden. Aktuell ist die Fläche in einem Förderprogramm für Feldwiesen, daher ruht die Fläche. Auf der Bodenwert-Karte ist zu sehen, dass trotz des aktuellen Verzichts des Stückes im Nordwesten ca. 2/3 einen höheren Wert als im Kriterienkatalog für die Errichtung von Photovoltaikanlagen in der Gemeinde Märkische Heide vom 21.6.2023, besitzt.

Es wird ebenfalls behauptet, dass es dort kein Wild gäbe. Nach unseren persönlichen Beobachtungen trifft dies nicht zu. Wir können dort jede Woche Wild entdecken. Die Jagdgenossenschaft kann das bestätigen. Aber das wird sicherlich auch in Ihrem Natur-Gutachten berücksichtigt. Das Landesbüro anerkannter Naturschutzbehörden spricht "...dem Untersuchungsraum für die Tiere ist über den Geltungsraum des Plangebietes hinaus mindestens ein 500m breiter Streifen mit zu untersuchen. Neben der Aufnahme von Vögeln, Reptilien und Amphibien sind in jedem Fall auch die Fledermäuse zu erfassen..."

Uns liegt eine Avifaunistische Beistandserhebung von 2008 in dieser Gegend vor (s. Anhang), die zum Teil streng geschützte Arten auflistet. Wir sind uns im Klaren, dass dieses Dokument zu alt ist, um berücksichtigt zu werden.

Wie weit sind Sie mit Ihrem Artenschutzfachbeitrag? Auf welcher Grundlage wird er erstellt?

Vielen Dank und freundliche Grüße,

[REDACTED]

[REDACTED]

— Unterschriftensammlung_letzte.jpg —

| Bürgerbegehren: keine Solarparks auf Ackerflächen im Großraum Märkische Heide OT Glietz | | | | | | | |
|---|--------------|--------|------------|--------------|-----------------|-------------|--------------|
| Begründung steht in der Stellungnahme des Ortsbeirats und im Protokoll der Einwohnerversammlung Glietz vom 25.02.2023 | | | | | | | |
| Vollständiger Vorname | Familienname | Straße | Hausnummer | Postleitzahl | Ort | Land | Geburtsdatum |
| [REDACTED] | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | [REDACTED] |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |
| | | | | 15913 | MÄRKISCHE HEIDE | DEUTSCHLAND | |

— Anhänge: —

| | |
|---|---------|
| Unterschriftensammlung_letzte.jpg | 1,9 MB |
| Analyse der Gegenreaktion auf die Stellungnahme des Ortsbeirates Glietz.pdf | 223 KB |
| Avifaunistische Bestandserhebungen südöstlich Leibchel.pdf | 15,5 MB |

Analyse der Gegenreaktion von Streamtec auf die Stellungnahme des Ortsbeirates Gietz vom 9.8.2024

1. Flächenverlust und landwirtschaftliche Nutzung:

- **Reaktion:** Die Gegenreaktion behauptet, dass die Flächen derzeit nicht für die Nahrungsmittelproduktion genutzt werden und daher kein Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche entsteht.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats argumentiert, dass die Flächen aktuell intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Es bleibt unklar, ob die Gegenreaktion den aktuellen Nutzungsstand korrekt darstellt oder ob eine unterschiedliche Auffassung über die Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung besteht. Weiter steht beim Umwelt Bundesamt auf der zitierten Seite...“ ist es grundsätzlich wünschenswert, auch weiterhin einen möglichst großen Anteil der benötigten Photovoltaikanlagen auf Dächern zu installieren, um die zusätzliche Flächeninanspruchnahme [Acker] gering zu halten.“ Und weiter nur: „...Acker- und Grünlandflächen in sogenannten **benachteiligten** Gebieten.“
 - in diesem Artikel wird berechnet, dass alleine die Dachflächen in Deutschland ausreichen würden , um das Klimaziel der Bundesregierung zu erreichen: <https://www.golem.de/news/solar-und-windenergie-die-energiewende-zu-ende-gedacht-2408-187290.html> - darin wird auch auf das Thema Speicherung eingegangen, ohne Speicher ist Wind und Solar nicht effizient

2. Biodiversität und ökologische Auswirkungen:

- **Reaktion:** Die Gegenreaktion betont die Vorteile für die Biodiversität durch die Schaffung neuer Lebensräume ohne Pestizide und Dünger.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats weist darauf hin, dass Bauarbeiten und Veränderungen des Mikroklimas negative Auswirkungen auf die lokale Fauna und Flora haben könnten. Die Gegenreaktion geht nicht direkt auf diese Bedenken ein, insbesondere auf mögliche negative Effekte während der Bauphase und die Auswirkungen des veränderten Mikroklimas. S.a. -> [Naturschutz BUND Stellungnahme \(beim Planwerk vorliegend\)](#)
- Es wird in dem Artikel von BNE auch auf eine bestimmte Pflege der Flächen unter den Solarzellen hingewiesen. Es wird nicht genauer darauf eingegangen, welche Pflege vom Solarbetreiber angestrebt wird.

3. Bodenversiegelung und Erosion:

- **Reaktion:** Es wird argumentiert, dass nur 2 % der Fläche versiegelt werden und dass Ausgleichsmaßnahmen geplant sind.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats hebt das Risiko von Bodenerosion und die möglichen negativen Folgen der Bodenversiegelung hervor, insbesondere in Hinblick auf

Altlasten. Die Gegenreaktion berücksichtigt nicht ausreichend die potenziellen Risiken im Zusammenhang mit Altlasten und deren mögliche Auswirkungen auf die Bodenqualität.

4. Landschaftsbild und Tourismus:

- **Reaktion:** Die Gegenreaktion argumentiert, dass die geringe Sichtbarkeit der Anlage gewährleistet ist.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats äußert Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild und den Tourismus. Die Gegenreaktion geht nicht auf die spezifischen Bedenken bezüglich der ästhetischen Beeinträchtigung und der daraus resultierenden Auswirkungen auf den Tourismus ein.

5. Wirtschaftliche Unsicherheiten:

- **Reaktion:** Es wird betont, dass die Grundeigentümer eine garantierte Mindestpacht erhalten und dass die Wirtschaftlichkeit des Projekts vom Betreiber getragen wird.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats hebt die Unsicherheit bezüglich der langfristigen wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Solaranlagen hervor. Die Gegenreaktion erwähnt zwar die abgesicherte Pacht, geht jedoch nicht auf das Risiko ein, dass die Anlagen möglicherweise nicht die erwarteten Erträge liefern könnten.

6. Rückumwandlung der Flächen:

- **Reaktion:** Es wird auf die rechtlich gesicherte Rückumwandlung der Flächen nach der Nutzungsdauer hingewiesen.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats zweifelt die Durchführbarkeit einer solchen Rückumwandlung an und betrachtet sie als kompliziert und oft nicht umsetzbar. Die Gegenreaktion liefert keinen detaillierten Nachweis darüber, wie die Rückumwandlung praktisch und ökonomisch gesichert ist. „Es bleibt eine Gewerbefläche, wenn nicht nach DIN SPEC 91434 von 2,10m auf 3,9m gebaut wird...“ ???

7. Breite Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger:

- **Reaktion:** Es wird auf eine angeblich breite Einbeziehung der Bürger hingewiesen.
- **Unstimmigkeit:** Die Stellungnahme des Ortsbeirats betont, dass die bisherigen Beteiligungen unzureichend waren und soziale Spannungen erzeugt haben. Die Gegenreaktion erwähnt zwar Informationsveranstaltungen, geht aber nicht konkret auf die Vorwürfe ein, dass die Bürgerbedenken nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

8. Quellen und Beweise:

- **Reaktion:** Die Gegenreaktion zitiert verschiedene Studien und Berichte zur Unterstützung ihrer Argumente.

- **Unstimmigkeit:** Einige der genannten Quellen, wie die des Umweltbundesamtes und des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende, könnten in anderen Kontexten oder mit anderen Schwerpunkten interpretiert werden. Eine tiefergehende Prüfung dieser Quellen könnte zeigen, ob sie tatsächlich die Argumente der Gegenreaktion stützen oder ob es widersprüchliche Informationen gibt.

Auf die Punkte „8. Tendenz zur Flächenausweitung“ und „9. Alternative Standorte“ wird gar nicht eingegangen.

**Avifaunistische Bestandserhebungen im und um die ehemals
geplanten Windparkgebiete südöstlich Leibchel
und nordöstlich Klein Leine**

(gemäß Auftrag der „Pro Spree und Wald e.V. i. G.“

Märkische Heide vom 13.03.2008)



**Fiktiver Blick zum Standort des geplanten Windkraftfeldes südöstlich Leibchel
(Blick von der Straße Leibchel-Guhlen / Brücke Ressenauer Mühlenfließ nach südwesten)**

Fotomontage: F. Schröder

Brutvogel-Revierkartierungen von 15. März bis 15. Juni 2008:

- gemäß der Rote-Liste-Arten Bbg. (1997) von März bis Juni 2008
- gemäß der Arten der Bundesartenschutzverordnung (1999)
- gemäß der Arten auf der Grundlage des „Erlasses zur Einführung tierökologischer Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg“ (Stand 01.06.2003) bis zu einem Radius von 6 km um die Außengrenzen des geplanten Windkraftfeldes

Auftraggeber: „Pro Spree und Wald e.V. i. G.“ Märkische Heide vom 13.03.2008

Auftragnehmer: Frank Schröder, PF 1322 15903 Lübben

ehemals geplanten Windparks südöstlich Leibchel

Im o.g. Untersuchungsgebiet wurden innerhalb des Erfassungszeitraumes **18 Brutvogelarten in 58 Revieren** festgestellt, welche entweder in der aktuellen Roten Liste Brandenburg (RL-Bbg. von 1997), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV von 1999) und/oder im Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSchRI von 1979) aufgeführt sind. Die ermittelten Revierzahlen repräsentieren den Mindestbestand, die tatsächlichen Revierzahlen dürften der unerkannten Dunkelziffer etwas höher liegen.

Die vorliegenden Ergebnisse sind in nachfolgender Tabelle und anhängigen Karten dargestellt:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL- Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|---------------|-----------------------|----------------------------|-----------------------------------|-----------|
| Baumfalke | 1 | 1 | | |
| Bekassine | 1 | 2 | + | |
| Braunkehlchen | 8 | 3 | | |
| Fischadler | 1 | 3 | | X |
| Grauammer | 11 | 2 | + | |
| Grünspecht | 1 | | + | |
| Heidelerche | 4 | 3 | + | X |
| Kranich | 2 | 3 | + | X |
| Neuntöter | 1 | | + | X |
| Ortolan | 12 | 3 | + | X |
| Rohrschwirl | 1 | 3 | + | |
| Rohrweihe | 1 | 3 | | X |
| Rotmilan | 2 | 3 | | X |
| Schwarzmilan | 2 | 3 | | X |
| Schwarzspecht | 3 | | + | X |
| Teichralle | 1 | | + | |
| Weißstorch | 2 | 3 | + | X |
| Wiedehopf | 4 | 1 | + | |

Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg:

Tabubereiche 1000 Meter: Brutplätze im angegebenen Radius um das Gelände des ehemals geplanten Windparks

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden 3 Brutvogelarten in 4 Revieren jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass ein freizuhaltender Mindestabstand (Tabubereich) von 1000 Meter um Horststandorte gilt:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL-Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|-----------|--------------------|------------------------|--------------------------------|-----------|
| Baumfalke | 1 | 1 | | |
| Kranich | 2 | 3 | + | X |
| Rohrweihe | 1 | 3 | | X |

Tabubereiche 3000 Meter: Brutplätze im angegebenen Radius um das Gelände des ehemals geplanten Windparks

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden keine Brutvogelarten jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass ein freizuhaltender Mindestabstand von 3000 Meter um Horststandorte gilt.

Restriktionsbereiche 1 - 4 km: Nahrungsflächen im angegebenen Radius um Brutplätze, die das Gelände des ehemals geplanten Windparks überschneiden

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden 3 Brutvogelarten in 10 Revieren jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass bauliche Einschränkungen oder Modifikationen um Horststandorte gelten, um Nahrungsflächen und Flugwege dorthin zu sichern:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL-Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|------------|--------------------|------------------------|--------------------------------|-----------|
| Baumfalke | 1 | 1 | | |
| Fischadler | 4 | 3 | | X |
| Weißstorch | 5 | 3 | + | X |

Restriktionsbereiche 3 - 6 km: Nahrungsflächen im angegebenen Radius um Brutplätze, die das Gelände des ehemals geplanten Windparks überschneiden

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden keine Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass bauliche Einschränkungen oder Modifikationen um Horststandorte gelten, um Nahrungsflächen und Flugwege dorthin zu sichern.

ehemals geplanten Windparks nordöstlich Klein Leine

Im o.g. Untersuchungsgebiet wurden innerhalb des Erfassungszeitraumes **4 Brutvogelarten in 7 Revieren** festgestellt, welche entweder in der aktuellen Roten Liste Brandenburg (RL-Bbg. von 1997), der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV von 1999) und/oder im Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie (EU-VSchRI von 1979) aufgeführt sind. Die ermittelten Revierzahlen repräsentieren den Mindestbestand, die tatsächlichen Revierzahlen dürften der unerkannten Dunkelziffer etwas höher liegen.

Die vorliegenden Ergebnisse sind in nachfolgender Tabelle und anhängigen Karten dargestellt:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL- Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|--|-----------------------|----------------------------|-----------------------------------|-----------|
| Fischadler (letzte Brut: 2007 ohne Erfolg) | 1 | 3 | | X |
| Neuntöter | 1 | | + | X |
| Schwarzspecht | 2 | | + | X |
| Wacholderdrossel | 3 | 3 | | |

Festlegungen des Erlasses zur Einführung tierökologischer Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg:

Tabubereiche 1000 Meter: Brutplätze im angegebenen Radius um das Gelände des ehemals geplanten Windparks

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurde **1 Vogelart in 1 Revier** jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass ein freizuhaltender Mindestabstand (Tabubereich) von 1000 Meter um Horststandorte gilt:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL- Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|--|-----------------------|----------------------------|-----------------------------------|-----------|
| Fischadler (letzte Brut: 2007 ohne Erfolg) | 1 | 3 | | X |

Tabubereiche 3000 Meter: Brutplätze im angegebenen Radius um das Gelände des ehemals geplanten Windparks

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden **keine Brutvogelarten** jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass ein freizuhaltender Mindestabstand von 3000 Meter um Horststandorte gilt.

die das Gelände des ehemals geplanten Windparks überschneiden

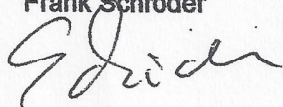
Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden 2 Brutvogelarten in 5 Revieren jener Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass bauliche Einschränkungen oder Modifikationen um Horststandorte gelten, um Nahrungsflächen und Flugwege dorthin zu sichern:

| Art | Anzahl der Reviere | Kategorie RL- Bbg. 1997 | streng geschützt gem. BArtSchV | EU-VSchRI |
|------------|-----------------------|----------------------------|-----------------------------------|-----------|
| Fischadler | 2 | 3 | | X |
| Weißstorch | 3 | 3 | + | X |

**Restriktionsbereiche 3 - 6 km: Nahrungsflächen im angegebenen Radius um Brutplätze,
die das Gelände des ehemals geplanten Windparks überschneiden**

Innerhalb dieses Radius um das Windparkgelände wurden keine Arten festgestellt, für die lt. Windkrafterlass bauliche Einschränkungen oder Modifikationen um Horststandorte gelten, um Nahrungsflächen und Flugwege dorthin zu sichern.

Frank Schröder



Lübben, den 17.06.2008

Anlagen: je ein Kartenblatt von Gietz und Klein Leine im Maßstab 1:20.000

und der Arten des Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie von 1979 (EU-VSchRL)



- ◻ ehem. geplanter Windpark Klein Leine
- Flachdecker unbeeetzt (RL-Bbg.: 3; BATSchV: +; EU-VSchRL)
- ▲ Kranich (RL-Bbg.: 3; BATSchV: +; EU-VSchRL)
- Schwarzspecht (BATSchV: +; EU-VSchRL)
- Grauwammer (RL-Bbg.: 2; BATSchV: +)
- ▲ Neuntöter (BATSchV: +; EU-VSchRL)
- ▲ Turmfalke
- Habicht
- △ Wacholderdrossel (RL-Bbg.: 3)



Auftraggeber:

Pro Spree u. Wald e.V.i.G.
Landstraße 15
15913 Märkische Heide, OT Bückchen

Auftragnehmer:

Frank Schröder
PF 1322 / 15903 Lützen
Ornithologe
Ehrenamtlich: Naturschutzhelfer UNB-
Hauptamtlich: Naturwacht Brandenburg